

## **Auszug aus dem Beschlussprotokoll über die Sitzung der BV Innenstadt am 25.01.2018**

### **5.11 Umgestaltung Ebertplatz; Verfahrensvorschlag 3647/2017**

#### **Geänderter Beschluss des StEA:**

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Verfahrensvorschlag VARIANTE gem. Anlage 4 für die Umgestaltung des Ebertplatzes umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die europaweite Vergabe zur Beauftragung eines Planungsbüros für die Umgestaltung des Ebertplatzes entsprechend der Vergaberichtlinie der Stadt Köln auszuschreiben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die CDU **abgelehnt**.

#### **geänderter Beschluss (Verwaltungsvorlage):**

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Verfahrensvorschlag für die Umgestaltung des Ebertplatzes umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Auftrag der Verfahrensbegleitung entsprechend der Vergaberichtlinie der Stadt Köln auszuschreiben und vor der Sommerpause 2018 zu beauftragen.
3. Die Kultur- und Sozialverwaltung sind in die Verfahrensvorbereitung, in das Planverfahren sowie in Planung und Realisierung bezüglich des Ebertplatzes einzubeziehen.
4. Die Vorlage wird zusätzlich dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Soziales und Senioren und in die Bezirksvertretung 1 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **5.11.1 "Verwaltung und Gremien für Soziales und Kultur einbeziehen!" - Änderungsantrag Linke zu Top 5.4 "Umgestaltung Ebertplatz; Verfahrensvorschlag" AN/1897/2017**

#### **Beschluss**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um die folgenden Punkte ergänzt:

3. Die Kultur- und Sozialverwaltung sind in die Verfahrensvorbereitung, in das Planverfahren sowie in Planung und Realisierung bezüglich des Ebertplatzes einzubeziehen.
4. Die Vorlage wird zusätzlich dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Soziales und Senioren und in die Bezirksvertretung 1 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen FDP bei Enthaltung SPD zugestimmt.